

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

RNZ AMPULS

Warum löste der „Blitzer“ auf der Ziegelhäuser Brücke aus?

Eine merkwürdige Begegnung mit dem „Blitzer“ auf der Ziegelhäuser Brücke hatte Leser Jürgen Dahmann aus Neckarsteinach. „Nachdem ich am 19. Juli gegen 20.15 Uhr von Schlierbach auf die Brücke und laut Tacho exakt die erlaubten 30 Stundenkilometer gefahren bin, hat es geblitzt“, berichtet er. Ungläubig wendete er und fuhr noch zwei Mal an dieser Stelle vorbei – und jedes Mal löste die Radarfalle trotz niedriger Geschwindigkeit aus. Nun fragt er sich, ob er womöglich aufgrund des falsch eingestellten Geräts einen Bußgeldbescheid bekommen wird.

„Das wird nicht passieren“, beruhigt eine Stadtsprecherin. An der Ziegelhäuser Brücke werde neben der Geschwindigkeit auch die dort bestehende Gewichtsbeschränkung überwacht, nur Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen seien erlaubt. Bei einer Feinjustierung sei ein Fehler passiert, sodass auch Autos geblitzt wurden, die die Gewichtsbeschränkung nicht erreichten. Und weiter berichtet die Stadtsprecherin: „Selbstverständlich wurde das Bildmaterial nochmals von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern überprüft und anhand der Fahrzeugdaten das tatsächliche Gewicht ermittelt, sodass es in keinem Fall zu einer Einleitung von Verfahren kam.“ Das Problem sei nun behoben. **hob**



Leser fragen die RNZ antwortet

Nichtstun

UND WIR TATEN EINFACH NICHTS

„Wir taten nichts“ heißt das Plakat von Kerstin Lauks, das sie für den Wettbewerb „Mut zur Wut“ gestaltete. In den letzten Monaten sei die Arbeit der Seentretter durch die Pandemie massiv erschwert worden. „Während Nichtstun an der einen Front für sinkende Infektionszahlen sorgte, kamen die Missionen auf dem Mittelmeer zeitweise vollständig zum Erliegen“ so die Künstlerin. „Viele Staaten gingen sogar mit restriktiven Maßnahmen gegen die nicht-staatlichen Teams der Seentretter vor. Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzutreiben und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität.“



Vier der Institutionen, die sich zur Allianz zusammenschließen (im Uhrzeigersinn): die Universität Heidelberg, das Deutsche Krebsforschungszentrum, das EMBL und die Uniklinik Heidelberg. Ebenfalls dabei, aber nicht im Bild sind das Max-Planck-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg, die Uniklinik Mannheim sowie das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim. Fotos: Rothe (3), Vaf

„Hier passiert etwas Historisches“

Sieben Einrichtungen gründen Allianz für Gesundheit und Lebenswissenschaften – Sie soll der Wirtschaftsmotor für die Region werden

Von Denis Schnur

Nicht weniger als die Weltspitze. Das ist das erklärte Ziel aller Beteiligten, wenn sie über den Innovationscampus für Gesundheit und Lebenswissenschaften (siehe Hintergrund) sprechen. Hier sollen nicht nur einige der klügsten Köpfe der Welt bahnbrechende Entdeckungen machen, diese sollen auch deutlich schneller als bisher in Kliniken und Unternehmen zur Anwendung kommen – und so dauerhaft Arbeitsplätze und Wohlstand in der Region und im Land sichern. Der Anspruch ist nicht neu – schließlich befinden sich vor allem in Heidelberg schon jetzt medizinische Forschungseinrichtungen von Weltrang. Doch in den vergangenen Tagen wurden erste Schritte unternommen, um diese Vision in Taten umzusetzen.

Der wichtigste ist, dass sich sieben Institutionen zusammenschließen, um die Allianz für Gesundheit und Lebenswissenschaften, beziehungsweise die „Heidelberg Mannheim Health & Life Science Alliance“, zu gründen. In einem Papier haben sie be-

reits die künftige Zusammenarbeit geregelt. Als nächstes soll die Gründung einer Stiftung oder eines Vereins folgen. Was unpektakulär klingt, birgt großes Potenzial, wie am Montag sowohl die Verantwortlichen aus den Einrichtungen als auch die Wissenschafts- und die Wirtschaftsministerin des Landes auf einer Pressekonferenz in Stuttgart betonten: „Es ist etwas Historisches, was hier gerade passiert“, sagte etwa Heidelbergs Uni-Rektor Bernhard Eitel.

Denn Heidelberg soll als Forschungs- und Wirtschaftsstandort mittelfristig mit Städten wie Boston, San Francisco oder Toronto konkurrieren. Dass das Potenzial vorhanden ist, bestätigt auch ein Gutachten der Beratungsfirma Boston Consulting Group. Um es auszuschöpfen, müsse sich die Allianz an internationalen Vorbildern orientieren und institutionenübergreifend forschen, Top Talente anwerben, Industrie und Kliniken stärker in die Forschung einbinden und gleichzeitig Erkenntnisse schneller in die Wirtschaft einfließen lassen. Außerdem brauche es eine klare Finanzierung.

Wie die ersten Punkte umgesetzt werden können, skizzieren die Partner in ihrem Papier. Und bei der Finanzierung hat die Landesregierung angekündigt, in Vorleistung zu gehen: 40 Millionen Euro will man als Anschubfinanzierung investieren, weitere Fördermittel sollen folgen. Auch bei den internationalen Vorbildern wie Boston und Toronto habe es eine zunächst eine Finanzspritze gebraucht, um aus einzelnen Institutionen ein Cluster zu machen: „Da gab es jeweils eine Anschubfinanzierung, die als Kit gewirkt hat“, betonte DKFZ-Vorstand Michael Baumann. „Dieser Kit kann unglaublich viel bewirken.“

Entsprechend soll das Geld vor allem für die Verzahnung der Einrichtungen genutzt werden, wie Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) betonte: „Damit zahlen wir besonders in die gemeinsame Forschung ein.“ Konkret soll etwa Infrastruktur finanziert werden, die allen Partnern zur Verfügung steht. Außerdem sollen gemeinsame Gruppen mit Nachwuchsforschern gegründet werden, um Talente anzuziehen.

So soll ein Forschungszweig gestärkt werden, der in Zukunft deutlich an Bedeutung zulegen wird. Denn die Gesellschaft werde älter und der Klimawandel werde neue Krankheitsbilder mit sich bringen: „Darauf müssen wir reagieren“, so Baumann. Außerdem berge die Wissenschaft das Potenzial, neue Industrien hervorzubringen, wie Eitel betonte: „Die Lebenswissenschaften sind der Technologietreiber des 21. Jahrhunderts.“ Organische Materialien erlaubten etwa ganz neue Maschinen.

Schon jetzt macht die Gesundheitsbranche in Baden-Württemberg zwölf Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Der Innovationscampus soll dafür sorgen, dass dieser Wert weiter steigt und wissenschaftliche Erkenntnisse in Region und Land in Arbeitsplätze und Wohlstand umgewandelt werden, wie Wissenschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut betonte. „Das muss unser Anspruch sein.“ Dass es bis dahin noch ein langer Weg ist, jedoch allen klar, wie Eitel erklärte: „Wir freuen uns heute. Aber wir wissen, dass wir jetzt auch liefern müssen.“

Impfen ja – aber nicht mehr während der Arbeitszeit

Stadt-Angestellte müssen sich freinehmen oder Zeit nacharbeiten – Erzieherin klagt: „Impfbereitschaft wird so nicht erhöht“

ani. Die Impfkampagne gerät immer mehr ins Stocken – obwohl es mittlerweile Impfstoff in Masse gibt. In Heidelberg erreichte unterdessen Erzieherinnen und Erzieher der städtischen Kitas die Nachricht, dass sie sich nicht mehr während der Arbeitszeit impfen lassen dürfen. Das war seit Beginn der Impfkampagne möglich. So schildert es eine Erzieherin nun gegenüber der RNZ.

Angesichts der derzeit geführten Debatten über die sinkende Impfbereitschaft und Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken, hält die Erzieherin die neue Regelung der Stadt für besonders grotesk. „Es ist abzusehen, dass sich durch diese Regelung die

Impfbereitschaft bei Unentschlossenen nicht erhöhen wird“, so die Erzieherin. Und weiter: „Statt Anreize zu setzen und mehr Erzieherinnen zur Impfung zu motivieren, werden hier unverständlicherweise Steine in den Weg gelegt.“ Zumal in den Kitas immer noch viele Erzieherinnen arbeiteten, die noch nicht geimpft seien.

Auf RNZ-Anfrage entgegnet allerdings ein Stadtsprecher: „Erzieherinnen und Erzieher in städtischen Kitas haben weiterhin nach Absprache mit ihren Vorgesetzten die Möglichkeit, sich auch während der Arbeitszeit impfen zu lassen.“ Nur: Die Zeit, die die Angestellten wegen des Impf-

termins dann an ihrem Arbeitsplatz fehlen, werden seit dem 23. Juli nicht mehr als Arbeitszeit angerechnet – man muss diese also nacharbeiten, Überstunden abbauen oder freinehmen.

Laut dem Stadtsprecher hänge die Neuregelung auch mit der gestiegenen Verfügbarkeit von Impfstoff und der Aufgabe der Impfpriorisierung zusammen – also damit, dass man sich mittlerweile aussuchen kann, wann man einen Termin für die Schutzimpfung gegen das Coronavirus vereinbart. Zudem hätten alle städtischen Angestellten über die Impfkampagne des Betriebsärztlichen Dienstes bis zum 22. Juli

die Möglichkeit gehabt, sich impfen zu lassen. Mindestens 343 Personen – die finale Rückmeldung des Betriebsärztlichen Dienstes stünde laut Stadtsprecher noch aus – haben das Impfangebot der Stadtverwaltung in Anspruch genommen.

Nach Ende der Aktion, endete laut dem Stadtsprecher „auch die großzügige Regelung, unter Fortzahlung des Entgelts bei anstehenden Corona-Schutzimpfungen freigestellt zu werden.“ Die Stadtverwaltung ermutige aber weiter alle Mitarbeiter, die noch nicht geimpft sind, die vielen Impfangebote zu nutzen, „um sich selbst und andere zu schützen“.

An der Architektur scheiden sich die Geister

Altstädter kritisieren den Entwurf für den Neubau des Dokumentations- und Kulturzentrums deutscher Sinti und Roma – „Ein Gebäude, das sichtbar ist“

hob. Für die Jury ist es eine ruhige Architektur, die eine „einladende Geste in Richtung Bergbahn und Kormmarkt“ setzt. Für den Stadtteilverein Alt-Heidelberg ist es hingegen ein „fensterloser Riesenklötz“. Mit diesen gegensätzlichen Meinungen ist der Streit um den Entwurf des Büros „Bez und Kock“ für den Neubau des Dokumentations- und Kulturzentrums deutscher Sinti und Roma in vollem Gange.

„Der Bau nutzt zwar alle Freiflächen des Grundstücks aus, mag auch viel Platz für das Zentrum schaffen, ist aber undenkbar in unserer kleinteilig angelegten Altstadt“, kritisiert die Alt-Heidelberg-Vorsitzende Karin Werner-Jensen. Normalerweise müssten Anwohner beim städtischen Baurechtsamt sogar um geringfügige Erweiterungen ihrer Fenster kämpfen und bekämen wegen des Ensemble-schutzes kleine Veränderungen nicht genehmigt. Daher fordert Werner-Jensen nun auch für den Neubau des Zentrums eine Bürgerbeteiligung.



So stellen sich „Bez und Kock“ das neue Zentrum vor...

Genauso kritisch hatte sich vor kurzem Architekt Bert Burger in einem Leserbrief geäußert. Die geplante Erweiterung sei „völlig unpassend“ für die Altstadt. Der fensterlose Neubau wirke verschlossener als das benachbarte ehemalige

Gefängnis „Fauler Pelz“. Damit würde sich das Dokumentationszentrum eher ausgrenzen als öffnen.

Die Jury hatte die Architektur des in drei Kuben gegliederten Gebäudes mit öffentlichem Vorplatz und Café hingegen gelobt



... und so sieht es an dieser Stelle heute aus. Foto: privat/Rothe

und den Entwurf zum Sieger des Wettbewerbs gekürt. Baubürgermeister Jürgen Odszuck sprach von einer „prägnanten, ebenso musealen wie offenen Form“.

„Es wird noch Veränderungen geben“, ist Emran Elmazi von der Geschäftsstelle

des Zentrums überzeugt. Die Detailplanungen beginnen ohnehin erst 2022. Auf RNZ-Anfrage verteidigt Elmazi aber auch den Siegerentwurf. Die Form eines abgeschlossenen Kubus sei wichtig für die Ausstellungsräume – vor allem wegen der konstanten Raumtemperatur. „Und für uns als Minderheit ist es wichtig, ein Gebäude zu haben, das sichtbar ist“, so Elmazi weiter. Der Sandstein von „Bez und Kock“ füge sich besser in die Altstadt ein als die anderen Entwürfe im Wettbewerb – und er behalte eine begrünte Dachfläche, selbst die Fassade könne begrünt werden. Als Teil der Altstadt und Heidelbergs wolle man die Nachbarn mitnehmen, schließlich freue man sich, wenn auch andere Vereine und Organisationen künftig die erweiterten Veranstaltungsräume des Zentrums nutzen.

Wichtig ist Elmazi auch ein weiterer Punkt: Der Bau solle kein Mahnmahl für den Holocaust werden. Sondern ein offenes Zentrum, das sich auch anderen Themen wie der Kunst der Sinti und Roma widme.